

Vorschläge statt Vorschriften

„Famill 2000“ will Familienpolitik im Vorfeld der Wahlen thematisieren

LW 30.10.2008

Bei der „Famill 2000“ hofft man, dass es im (Vor)wahlkampf zu den Landeswahlen im Juni 2009 auch zu einer tiefgreifenden Diskussion um die Familienpolitik im Allgemeinen kommt. Um den politischen Parteien eine Idee über mögliche familienpolitische Inhalte der Wahlprogramme zu geben, hat „Famill 2000“ einen elfseitigen Vorschlagskatalog zusammengestellt.

„Es geht uns darum, dass in der Familienpolitik alle Arten von Familien berücksichtigt werden“, legt Steff Schaeler, Präsident der rund 100 Mitglieder starken Vereinigung, Wert darauf, „dass niemand vorschreiben soll, wie Familie und Familienleben organisiert werden sollen“. Schaeler bedauert, dass die Betreuung und Erziehung durch die Eltern gegenüber den von Regierungsseite geförderten Angeboten zu kurz kommt. „Initiativen hin zur verbesserten Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie müssen für alle Arten von Familien gelten.“

Dementsprechend hält sich die Begeisterung von „Famill 2000“ für die Dienstleistungsgutscheine in Grenzen. Hier werde Familienpolitik von oben herab mit dem Scheckbuch diktiert, spart Steff Schaeler nicht mit Kritik am jüngsten familienpolitischen Akzent von Schwarz-Rot. Für die selbst ernannte Familienlobby wäre es gerechter, wenn die ab 1. März 2009 gültigen chèques-services in irgendeiner Form auch für die Heimbetreuung gelten würden. Die Dienstleistungsgutscheine sind für „Famill 2000“ ein treffendes Beispiel, wie die Politik ein Modell der Familienorganisation bevorzuge und fördere. „Die Ganztagschule darf nicht zur Vorschrift werden.“

Begrenzte Begeisterung für Dienstleistungsgutscheine

Nach Dafürhalten von Schaeler ist die Politik gefordert, für eine bessere öffentliche Darstellung der Familie zu sorgen. „Famill 2000“ schlägt deshalb eine Werbekam-

pagne zugunsten der Familie vor. Rein politisch betrachtet, wundert man sich bei der politisch unabhängigen Vereinigung, dass die Familie als wichtiges gesellschaftliches Glied nicht stattfindet. „Wer vertritt eigentlich die Interessen der Familie in einem so wichtigen Organ wie der Tripartite?“ fragt sich Schaeler – und gibt in gleichem Atemzug zu bedenken, dass einzelne politische Weichenstellung, wie beispielsweise im Wohnungsbau mit dem Pacte logement gar nicht oder kaum auf ihre familienpolitischen Folgen geprüft würden.

Was nun die eigenen familienpolitischen Ideen anbelangt, hofft „Famill 2000“, dass sie bei den politischen Parteien nicht auf taube Ohren stoßen. Zu den Vorschlägen gehört die Ausweitung des Elternurlaubs auf ein bzw. zwei Jahre (halbtags), die Anhebung des Bildungszulage (allocation d'éducation) auf Mindestlohniveau, die Einführung einer reduzierten Mehrwertsteuer bei

kinderspezifischen Produkten, die Wiedereinführung der Indexierung der Familienleistungen – „Abschaffung war ein fundamental falsches Signal“ –, die Ausweitung des Mutterschaftsurlaubs auf 20 bzw. 26 Wochen, die Anerkennung der Kindererziehung als eine Art Weiterbildung, die besondere Unterstützung von kinderreichen Familien – „die einem größeren Armutsrisiko ausgesetzt sind, gleichzeitig aber den geringsten Rückhalt in der Gesellschaft genießen“ – sowie ein flexiblerer zeitlicher Betrieb der öffentlichen Betreuungsstrukturen.

**Am 16. Januar 2009
Konferenz mit Eva Herman**

„Famill 2000“ will künftig in der Öffentlichkeit verstärkt für Familienpolitik werben. So wird am 16. Januar Eva Herman für eine Konferenz in Luxemburg gastieren. Die ehemalige „Tagesschau“-Sprecherin hatte in Deutschland mit ihren familienpolitischen Aussagen für Aufsehen gesorgt. (mas)